

Gemeinderat von Zürich

27.09.06

Motion

von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Der Stadtrat wird aufgefordert, geeignete Massnahmen zu ergreifen, damit in der Übergangszeit zum neuen Personalrecht die Stellen in der Stadtverwaltung auf dem bisherigen Stand gehalten werden, es sei denn, eine Volksabstimmung erfordere die Zulassung von Ausnahmen.

Begründung:

In der Übergangszeit zum neuen Personalrecht ist mit hohen zusätzlichen Kosten zu rechnen. Daher ist dafür zu sorgen, dass nicht weitere Ausgaben die Rechnung der Stadt zusätzlich belasten. Sollte eine Volksabstimmung in dieser Zeit hingegen die Schaffung von zusätzlichen Stellen erfordern, so wäre diesem Umstand natürlich Priorität einzuräumen.

